Saarbrücker Volkszeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarbrücken, Gl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Volks-Zeitung
Fernsprecher 70 und 82 Postfach 29

DESIPIAT IDIBUS TOTIES

18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Boten und Post Fk. 1.40.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile Grundpreis 0.40 Fk., Deutschland 10 Pfg. Anzeigen-Annahme Sammelnummer 50 Ruf

Nummer 291 — Dienstag, den 17. Dezember 1929 — 58. Jahrgang

Die Vorbereitungen für die Haager Konferenz.

Beginn am 3. Januar.

Berlin, 16. Dez. Eine offizielle Einladung für die Konferenz im Haag ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, noch nicht eingetroffen, aber es ist wohl kein Zweifel, daß die Konferenz am 3. Januar beginnen wird. Es ist darum die Rede, daß die Franzosen sich noch einmal in Paris versammeln, und über einige noch ausstehende Fragen verhandeln. Das Minute muß für morgen die Chiffrenkommission unter Vorsitz von Briand, zu wie sie die Treubänderinteressen betrifft. Irgendwelche andern Dinge stehen nicht zur Debatte.

Keine Verhandlungen über Rückgabe von Kolonien.

Berlin, 16. Dez. Gegenüber der Meinung eines Berliner Mittagsblattes wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß keine Verhandlungen über Rückgabe von Kolonien an Deutschland schweben.

Sachsts Steuerwünsche.

Berlin, 16. Dez. Das Berliner Tageblatt meldet: Einige kürzlich veröffentlichte Artikel des Reichsfinanzministers Dr. Schacht geäußerte Wünsche widersprechen hat, die eine Erhöhung der Vermögenssteuer und von Mehrwertsteuer betreffen. Diese Wünsche dürften allerdings politisch stehen, weil nicht nur die Parteien — neben der Sozialistischen Volkspartei u. a. auch die Sozialdemokraten — sondern auch die Regierung keine Neigung zeigen, das Kompromiß zu gefährden.

Schacht bei Hindenburg.

Berlin, 16. Dez. Daß Germania nicht heute nachmittag, nachdem auch schon der Reichskanzler beim Reichspräsidenten war, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht seine Wünsche widerholt hat, die eine Erhöhung der Vermögenssteuer und von Mehrwertsteuer betreffen. Diese Wünsche dürfen allerdings politisch stehen, weil nicht nur die Parteien — neben der Sozialistischen Volkspartei u. a. auch die Sozialdemokraten — sondern auch die Regierung keine Neigung zeigen, das Kompromiß zu gefährden.

Beginn am 3. Januar.

Berlin, 16. Dez. Eine offizielle Einladung für die Konferenz im Haag ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, noch nicht eingetroffen, aber es ist wohl kein Zweifel, daß die Konferenz am 3. Januar beginnen wird. Es ist darum die Rede, daß die Franzosen sich noch einmal in Paris versammeln, und über einige noch ausstehende Fragen verhandeln. Das Minute muß für morgen die Chiffrenkommission unter Vorsitz von Briand, zu wie sie die Treubänderinteressen betrifft. Irgendwelche andern Dinge stehen nicht zur Debatte.

Keine Verhandlungen über Rückgabe von Kolonien.

Berlin, 16. Dez. Gegenüber der Meinung eines Berliner Mittagsblattes wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß keine Verhandlungen über Rückgabe von Kolonien an Deutschland schweben.

Sachsts Steuerwünsche.

Berlin, 16. Dez. Das Berliner Tageblatt meldet: Einige kürzlich veröffentlichte Artikel des Reichsfinanzministers Dr. Schacht geäußerte Wünsche widersprechen hat, die eine Erhöhung der Vermögenssteuer und von Mehrwertsteuer betreffen. Diese Wünsche dürfen allerdings politisch stehen, weil nicht nur die Parteien — neben der Sozialistischen Volkspartei u. a. auch die Sozialdemokraten — sondern auch die Regierung keine Neigung zeigen, das Kompromiß zu gefährden.

Schacht bei Hindenburg.

Berlin, 16. Dez. Daß Germania nicht heute nachmittag, nachdem auch schon der Reichskanzler beim Reichspräsidenten war, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht von Hoffen von Hindenburg empfangen werden. Man wird, wie das Blatt schreibt, heute Klarheit wird sein, der endgültigen Erledigung der Mittelstandsinteressen in Deutschland bringen dürfen.

Besprechung mit den Parteiführern in der Tabaksteuerfrage.

Berlin, 16. Dez. Heute nachmittag findet im Finanzministerium eine Besprechung mit den Parteiführern über die Tabaksteuer statt.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 16. Dez. Der Reichstag begann heute die Weg zur der Zollerhöhung und der Zollaufhebung zu gehen, den Handelsvertrag. Nach Begründung der Vorlage durch Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und kurzer Debatte wurde die Vorlage dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen, die Zollaufhebungen zu den Handelsverträgen außerdem auch dem Auswärtigen Ausschuß. Ein Gesetzentwurf über die Verlängerung der Eintragung von Schiffsgläubigerrechten in ausländischer Währung auf ein Jahr wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Der Wohnsitz des Bischofs von Berlin.

Berlin, 16. Dez. Das älteste historische Gebäude der Militärverwaltung in Berlin, Lehrterstraße, das vom Militärkabinett und zuletzt vom Gruppenkommando 1 benutzt wurde und Preußen gehört, wird Anfang Januar, wie wir von militärischer Seite erfahren, von der Militärverwaltung aufgegeben und dem Bischof von Berlin als Unterkunft überwiesen werden. Es handelt sich um das Haus, in dem Wilhelm die Kriege von 1864, 1866 und 1870 vorbereitet hat.

Der französische Heereshaushalt.

Die jüngsten Verhandlungen in der französischen Kammer über den Heereshaushalt verdienen in politischer Hinsicht besondere Beachtung. Es handelt sich um gewaltige Summen, die nach den Ausführungen des nationalen Abgeordneten Dalbiez auf die ordentlichen Haushalte verteilt sind, in Wirklichkeit aber nicht so nahezu erhöhen. Die Gesamtsumme, welche auf die einzelnen Etats verteilt ist, beläuft sich auf aber zwei Milliarden Mark. Im Zeitalter der Technik muß man diese Summen etwas durchaus Peinliches an sich und sind geeignet, bei allen Freunden des Friedens Zweifel auszulösen und zur feinerlei Hoffnungen zu geben. Im Budget auf die Jahrzehnte zu tragen hat, darf ganz erschüttert die Frage erheben werden, ob alles dies geschehen — also Aufbringung, Transmaßnahmen, Militärmetzgar für das französische Heer und Militärbeziehungen der Reparationen — einen Nutzen gibt. Dieser Nutzen ist bejahrig und ganz bezweifelt, daß Freunden der Politik des Friedens die Berechtigung zur Verstärkung zu konstatieren. Man kann die militärischen Ausgaben Frankreichs auch einen Gesamtbetrag von 6 Milliarden Mark und Jahrzehnt, daß sie dieses immer größerde Lasten zwingen, den Kapitalzuwachs fast ganz oder doch zu einem Teil erhöhtzehren Zeile festlegen in der Lage sein sollen, um die Ausgaben der Konkurrenzkampf der großen Industriestaaten zu ermöglichen.

Tatsächlich scheint Frankreich weniger gesicherter Wert auf ein Heer, das mit einem schweren Kriegsgerät ausgestattet zu sein als die Fähigkeit, auf dem Kontinent industriell Gelände zu gewinnen, wenn es auch gewisse Zirnen gibt, die kaum anders denken.

Die Konkurrenz des französischen Heeres ist durchsichtig und sein Geheimnis, ohne irgendeine Zusätze: Frankreich will sich in die Politik Europas und Deutschlands Einblick genommen werden, und an Rhein haben wir zu dem Gesagtheit gehabt, tonnen zu lernen, wie die Franzosen an die Lehren des Krieges und der Nachkriegszeit die Militärmaßnahmen gänzlich hinzufügen. So kann beispielsweise gesagt werden, daß die Franzosen, die seit Napoleon eine ausgezeichnete Vorliebe für die artillerietechnik zeigen, nicht aufgehört haben, ihr die Bewegliches ihrer Waffe und die besonders Begebung zu entfalten. Ihre artilleristischen Leistungen haben die technischen und geschickten betrieben — sie haben nicht nur von, von dieser Vorliebe zu lassen.

Ein erheblicher Teil der französischen Offiziere ist faszinierend technisch begabt und nützt diese Begabung für die Propagierung des Aufrüstungsgedankens planmäßig aus. Ein Beispiel für die Art, mit dem gebrauchten Wort Eindruck auf das Volk zu machen, ist der Vorfall, der Chef des französischen Großen Generalstabes, General Debeney, in der Stadt Metz zum Zweck Zum 25. September gefeiert hat, und in dem er die Frage, ob Deutschland der Versuchung nicht den Sache beantwortete: „Das französische Volk ist bis jetzt bereitet, daß die Verteidigung des Vaterlandes vorzugsweise Sache des Heeres ist. Das Volk selbst, nur durch das Volk in Waffen gefördert ist" — hier wird also für das Volksheer plädiert, das Frankreich in nach heute hat, es aber Deutschland verweigert, und das Deutschland im gleichen Artikel sagt, es betone mit aller Entschiedenheit das Recht der verfeindeten Völker, ihre Landesverteidigung nach ihrer Eigenart und ihren besonderen Bedürfnissen zu organisieren. Die jetzige Art des deutschen Heeres ist Deutschland bedauerlich aufgegangen und nicht der Ausdruck der „Eigenart und ihren besonderen Bedürfnissen". Die Ausführungen Debeneys, welchen unlängst erfolgt übrigens sehr bemerkenswerte Angaben über das französische Heer enthält und mehr gibt, als die Zahlen der Kriegsstärke und Kriegsbereitschaft, lauten, daß Frankreich 350 Kilometer Landesgrenze gegen Italien und 500 Kilometer gegen Deutschland zu schützen habe. Für die Verteidigung der Ostgrenze stehen Kräfte zur Verfügung — 300 000 Mann nämlich, sofern sich diese auf gute Verteidigungsmöglichkeiten stützen können, für den letzteren Fall können man noch weitere 400 000 Mann zur Verfügung stellen.

Es muß erkannt sein, für Deutschland eine ähnliche Rechnung aufzumachen, und diese ergibt folgende Zahlen: rund 2000 Kilometer Landesgrenze gegen Polen, Belgien, Holland und die Tschechoslowakei — eine Linie, für deren Verteidigung 1½ Millionen Mann mit einer der französischen Armee gleichen Ausrüstung und Bewaffnung nötig wäre.

Die Ausführungen Debeneys sind, im gesamten gesehen, wertvolles Material für die Widerlegung der Behauptung, das deutsche Heer als Verbrecher mit langdauernden Mängeln gehörigen Beweise eine Behauptung des Friedens, und die enthalten das Eingeständnis der unbedingten Kriegsgerätlichkeit und Kriegsbereitschaft des Heeres die deutsche Form. Bei kommenden Abrüstungsverhandlungen wird der Artikel zum Dienste leistet, freilich wird

Reden!

Painleve über Friede und Abrüstung.

Paris, 16. Dez. Vor der Universitätsgruppe der französischen Vereinigung für den Völkerbund hielt Painleve gestern eine Rede über den Frieden und die Abrüstung. Er führte u. a. aus:

Es heiße, keinem Zweifel bleiben, wenn man den Frieden wolle, man den gerechten Sicherheitsinteressen unterliegen. Er führe zum Tag herbei, an dem die Nationen es nicht mehr nötig haben würden, soll mit einem riesenen Bauwerk zu vergleichen. Es sei bedauerlich, daß in einer Periode man gewaltige Summen für die Rüstungen ausgeben, während doch in einer wirtschaftlichen und sozialen Krisenkrise eine solche Schwächung eintreten. Man wisse Amerika nachahmen, wo die Bundesstaaten in Frieden militärische Leistungen abzuschaffen, und Deutschland nach dem unerhörten Versuch zur Aufrüstung habe Abrüstung beantragt. Deutschland, die nach 1914 erschien hieran, ein Zeichen lebhaftes durch die Wiederaufgerichtete Heil, denn diese viele Jahr in die Tiefen eingetrieben. Deshalb könne man dem Reichstand wohl den Vorwurf der Kurzsichtigkeit machen.

Es sei jedoch nicht der Ansicht, daß die Verteidigung Frankreichs allein genügen könne, um zum Frieden beizutragen. Allein wir alle ob, aber nicht allein! Wir müssen zur Sicherung der internationalen Ernte eben, wenn dies nicht gegeben sein, durch die Wiederaufgerichtete Wege und Mittel ergänzen, daß die Kriegs zwischen zwei entzweiten Nationen ebenso schwer ist wie ein Krieg zwischen zwei Staaten der amerikanischen Föderation. Man vergesse nicht die Anstrengungen im heutigen Kontinent. (Bei Abg.)

Ein englischer General über den Kriegsausbruch.

London, 16. Dez. General Sir Ian Hamilton hielt gestern in einer Rede bei der Einweihung eines Denkmals für die Gefallenen: Die englischen Staatsmänner hätten den Krieg mit einem Wort verhindern können; aber sie seien durch die seit acht Jahren geführten und von Parlament und Volk und Presse der einzigen Kontinentalsmächte gegebenen gebotenen militärischen und martimen Bestrebungen in ein schlangenartiges Netz hineinbetrieben und gebunden. Diese Bestrebungen wurden vor einer kleinen Gruppe Personen dazu benutzt, um der Regierung die Hände zu binden und sie daran zu verhindern, in ihren Angelegenheiten zu erklären: „Aber zuerst wollt mich, muß darauf gefragt sein, um uns zu zum zu bekommen?" An letzten Augenblick verhinderte unter Staatsführer das Verfahren dieses Trumpf unzugeschieht; aber es gelang ihm nicht, weil die allerlei Mittel wußten, daß wir durch die militärischen Bestrebungen ebenbalber verpflichtet waren, an ihre Seite zu stehen.

Die Entwicklung des Nord-Süd-Kampfes in China.

London, 16. Dez. Über die Lage in China meldet Times: Die militärische Erhebung gegen die Nanking-Regierung hat sich in der erwarteten Weise entwickelt, teils, weil die Nanking-Truppen überlegen waren, und teils, weil die Nanking-Regierung mit den einzelnen Gruppen der Aufständischen. Die Nanking-Regierung hat weder Gewaltsam, ihre Stellung behauptet, aber wo die Aufständischen, deren die Nanking-Regierung, den Herren Chinas oder der Kuomintang-Partei ihren Willen aufzuzwingen. Weder Anschein einer einheitlichen Bewegung ist gegenwärtig vorhanden. Die Verfassungsfrage scheint die Gemüter der Jugend zu stehen und die Wendung der Ereignisse sehr niederschlagen.

Volksabstimmung in Griechenland.

Athen, 16. Dez. Um die Frage der Beibehaltung der jetzigen Staatsform oder Wiedererrichtung der Monarchie in Griechenland hat Ministerpräsident Venizelos der Kabinettsrat gestern Abend Stellungnahme vorgeschlagen. Während der Abstimmung soll der Führer der Königspartei den Posten des Innenministers übernehmen.

Der Sozialistische Opensing.

Paris, 16. Dez. Die französischen Führer Faymiemon Cheilin und Thomas haben gestern gestern in Sevilla zu ihrem sozialistischen Opensing.